



# Das Reichsbanner

Nr. 4 31. Jahrgang Dezember 1987

## FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

### Der Polizistenmord in Frankfurt

Die neuerlichen gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Startbahn-West des Frankfurter Flughafens, die zu den Todesschüssen auf zwei Polizisten führten, geben Anlaß, sich mit diesen Vorgängen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen nachzudenken. Dies umso mehr, als es erstmals in der Bundesrepublik Deutschland bei Demonstrationen auf seiten der staatlichen Ordnungshüter Tote gegeben hat. Damit wurde ein bisher auch für militante Teile von Protestbewegungen bestehendes Tabu gebrochen, das gezielte tödliche Angriffe auf Menschen ausschloß.

Gewalttätige und blutige Auseinandersetzungen anlässlich von Demonstrationen hat es bei den verschiedensten Anlässen in den letzten Jahren des öfteren gegeben. Der Einsatz von Gummiknüppeln, Wasserwerfern und chemischen Kampfmitteln auf der einen Seite, Wurfgeschossen und Brandsätzen auf der anderen Seite gehörte fast schon zum alltäglichen Bild bei Demonstrationen. Die Erfahrungen, die auf beiden Seiten damit gemacht wurden, führten dazu, die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt zu erhöhen und die Auseinandersetzungen zu verschärfen.

Hingewiesen werden muß jedoch darauf, daß die Masse der Demonstranten friedlich und zumindest ohne Gewaltanwendung gegenüber Personen ihr Demonstrationsrecht wahrnahm und wahrnimmt. Lediglich bei einem kleinen, militanten Teil der Demonstranten schien der Zweck der Demonstration allein in der gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei, dem Staat zu sein.

Es sei auch daran erinnert, daß der Mord an den beiden Polizisten in eine Zeit fällt, in der sich fast auf den Tag genau die Ermordung des ehemaligen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns Martin Schleyer, zum 10. Mal jährt. Die Tat fällt aber auch in eine Zeit, in

der in Hamburg der bisher erfolgreiche Versuch unternommen wurde, die Auseinandersetzungen um die Hafendstraße einer politischen, friedlichen Lösung zuzuführen.

Die „Kapitulation des Rechtsstaates“ hat immerhin eine zu erwartende Massenschlacht und viele Opfer auf beiden Seiten verhindert. Damit hat Dohnanyi mehr für den „Rechtsfrieden“ und die Erhaltung des Demonstrationsrechtes getan, als jeder andere Politiker, der sich Konfliktlösungen nur durch noch mehr staatlichen Zwang und staatliche Gewalt vorstellen kann. Gerade auch für den Schutz des Lebens der Polizisten ist durch die Entscheidung des Hamburger Senats mehr getan worden, als durch die Verschärfung von Strafvorschriften und das z.Z. lautstark geforderte strafbewehrte Vermummungsverbot.

Die Unfähigkeit, gesellschaftliche Probleme politisch zu lösen, darf nicht dazu führen, daß die Bewältigung der Probleme der Polizei aufgebürdet wird. Die Forderung nach Strafverschärfungen und neuen Straftatbeständen gefährdet und vereitelt ebenso bürgerliche Freiheitsrechte wie die Militanz und Gewaltanwendung eines kleinen Personenkreises. Beides greift insbesondere in das Demonstrationsrecht friedlicher Demonstranten ein und bringt ihre Aktionen in Mißkredit.

Aufgrund der Frankfurter Vorfälle muß aber auch zukünftig von den friedlichen Demonstranten mehr als bisher erwartet werden, militante Gruppen zu isolieren, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, unter dem Schutz des Demonstrationsrechtes Straftaten zu begehen.

Bei der Forderung nach einem strafbewehrten Vermummungsverbot wird übersehen, daß die Vermummung von Demonstranten nicht von Anfang an auf Gewaltanwendung ausgerichtet war. Die Vermummung wurde zunächst von vielen, auch friedlichen Demonstranten als Schutz gegenüber der um-

*Wir wünschen allen Mitgliedern, Leserinnen und Lesern frohe Weihnachtsfeiertage und ein gutes und friedliches Neues Jahr 1988*

fassenden Überwachung von Demonstrationen benutzt. Die Angst vieler vor der totalen Überwachung war der Nährboden für die Ausbreitung und Akzeptanz der Vermummung.

Das insbesondere von Politikern der Union geforderte und als Gesetzentwurf vorgelegte Vermummungsverbot löst das Problem gewalttätiger Demonstrationen nicht. Nach dem Entwurf kann mit Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bestraft werden, wer „an öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzügen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen“ in einer „Aufmachung“ teilnimmt, „die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“. Dies soll auch für denjenigen gelten, der „den Weg zu derartigen Veranstaltungen in einer solchen Aufmachung zurücklegt“.

Die Hoffnung, die Polizistenmorde in Frankfurt hätten durch ein solches Vermummungsverbot verhindert werden können, ist trügerisch und absurd. Haben sich die Täter noch nicht einmal durch die Strafandrohung lebenslanger Freiheitsstrafe bei Mord von der Tat abhalten lassen, so hätte auch ein mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe belegtes Vermummungsverbot ihre Tat gewiß nicht verhindert. Daran hat auch in der Vergangenheit niemand bei anderen Straftaten gedacht, die in der Regel vermummt begangen werden. Wie sonst ließe es sich erklären, daß bisher noch niemand ein Vermummungsverbot beispielsweise für Bankräuber gefordert hat, obwohl diese Täter sich in aller Regel wegen der visuellen Überwachung der Bankräume vermummen.

Eine rationale Begründung für das Vermummungsverbot besteht nicht. Es muß daher die Frage erlaubt sein, ob die Forderung nicht Ausdruck von Hilflosigkeit und Opportunismus ist, der zur Beschwichtigung und Verdeckung politischer Versäumnisse dient und letztlich darauf abzielt, das Demonstrationsrecht einzuschränken. Diese Frage hat auch überhaupt nichts mit der Billigung von Gewalt zu tun oder zieht ein rechtsstaatlich begründetes und ausgeübtes Gewaltmonopol des Staates in Zweifel. Dennoch muß sich auch die Ausübung staatlicher Gewalt legitimieren, nicht nur formal, sondern auch inhaltlich.

Es ist nur eine Behauptung und eine falsche zudem, daß über Strafverschärfungen und die Einführung eines Vermummungsverbotes friedliche Demonstrationen gewährleistet und gewalttätige verhindert werden. Genau das Gegenteil wird der Fall sein. Vermummte „Demonstranten“ werden Anlaß für die Polizei sein, noch friedliche oder sich erst bildende Demonstrationen aufzulösen. Die Ausübung staatlicher Gewalt ist vorprogrammiert. Wie will man das friedlichen, unvermummten Demonstranten klarmachen? Sie werden getroffen, ihnen wird die Demonstrationsfreiheit verweigert.

Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen für ein Einschreiten gegen gewalttätige „Demonstranten“ sind auch ausreichend. Im Vordergrund muß daher die Anwendung und Durchsetzung der geltenden Gesetze stehen. Insbesondere die notwendige und personelle Ausstattung der Polizei ist zu gewährleisten. Hierzu gehört auch eine verstärkte und bessere

Zusammenarbeit zwischen den Organisatoren einer Demonstration und der Polizei.

Gegen ein strafbewehrtes Vermummungsverbot bestehen aber auch rechtsstaatliche Bedenken.

Von dem Geltungsbereich des Artikels 8 des Grundgesetzes wird nur die „friedliche Versammlung“ erfaßt. Unfriedliche Versammlungen sind zwar durch Artikel 8 des GG nicht verboten, werden aber vom Schutz des Grundrechtes ausgenommen und können auf gesetzlicher Grundlage verboten oder aufgelöst werden. Eine Einschränkung des Grundrechtes kann nur durch das Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes erfolgen.

Von einer unfriedlichen Demonstration kann jedoch erst dann ausgegangen werden, wenn unmittelbare Gefahr für andere geschützte Rechtsgüter, insbesondere Leib und Leben besteht. Eine Vermummung allein löst jedoch eine solche unmittelbare Gefahr nicht aus, so daß allein aus dem Tatbestand der Vermummung noch nicht die Unfriedlichkeit der Demonstration erfolgt.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Vermummung, wie bereits kurz erwähnt, durchaus auch dem Schutz des Grundrechtes dient. Dies ergibt sich aus den geschichtlichen Erfahrungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit der Versammlungsfreiheit, aus der das schutzwürdige Interesse des Versammlungsteilnehmers bzw. des Demonstranten abgeleitet werden kann, nicht von der Staatsgewalt oder von Privatpersonen (z.B. dem Arbeitgeber) identifiziert werden zu können. Demzufolge kann eine Vermummung aus verfassungsrechtlichen Gründen auch nicht generell und an sich verboten und unter Strafe gestellt werden. Genau darauf zielt aber der bekannt gewordene Gesetzentwurf, wenn dort die Vermummung an sich unter Strafe gestellt wird und zwar nicht, weil andere geschützte Rechtsgüter unmittelbar bedroht sind, sondern weil die Feststellung der „Identität“ bedroht ist.

Soweit die Vermummung im Einzelfall nachweislich als Mittel genutzt wird, Rechtsverletzungen unerkannt zu begehen, so ist dies bereits aufgrund der bestehenden Rechtslage durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt und kann unterbunden werden.

Die überragende Bedeutung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gerade als politisches Grundrecht läßt eine Einschränkung nur in engen Grenzen zu. Erst eine gewalttätige, also aktiv gewaltsame Ausübung des Versammlungsrechtes kann sich nicht mehr auf das grundgesetzliche Freiheitsrecht berufen. Dies muß erst recht und nur unter noch strengeren Voraussetzungen bei präventiven Regelungen, wie hier dem geplanten Vermummungsverbot, gelten.

In der Praxis wird sich erweisen, daß die geplanten Gesetzesänderungen für die Polizei wenig hilfreich sind, sondern neue Probleme aufwerfen und ihr die Bewältigung überlassen, die eigentlich durch die Politiker erfolgen müßte. Gerade die, die vorgeben, sich schützend vor die Polizei stellen zu müssen, lassen diese allein.

Damit kein Mißverständnis entsteht:

Die Ermordung der beiden Polizisten ist durch nichts zu rechtfertigen. Unsere Anteilnahme und Mitgefühl gehört den Angehörigen. Alle Täter müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.

## Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

### Gedanken über unser Reichsbanner

Unsere Mitglieder werden sehr oft gefragt, welchem Zweck unsere Organisation dient und welche Aufgabengebiete sie sich gestellt hat. Wenn auch schon oft darauf geantwortet wurde, möchten wir hiermit nochmals darauf hinweisen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., wurde 1924 von ehemaligen Teilnehmern des Ersten Weltkrieges gegründet, welche - teils schwer verwundet - zurückgekehrt, die Schrecken, Leiden und Unsinnigkeiten am eigenen Leib und Seele erfahren mußten.

Sie hatten damals mit der Gründung des Reichsbanners beschlossen, durch die ihnen vom Schicksal auferlegten Erfahrungen anderen Menschen und auch hauptsächlich kommenden Generationen ihr Gedankengut zu übermitteln, um damit zu erreichen, daß schwerwiegende Fehler politischer Art in der Zukunft vermieden werden sollen.

In unserem Betrachtungskatalog für kommende Zeiten möchten wir nun folgende Fakten anführen,

die in ihrer Struktur ernsthaft in Angriff genommen und bearbeitet werden sollten.

**Ächtung von Krieg und Unterdrückung fremder Völker!**

Damit wäre verbunden die Einsparung von Geldern für Waffen und Kriegsmaterial.

**Ächtung aller Atomwaffen!**

**Abbau der Raketenwaffen in allen Kontinenten!**

**Abbau bestehenden Hochmutes gegenüber Menschen, die von schweren Krankheiten befallen sind!**

**Bessere Kontrollen gegenüber Bestechlichkeit in Ämtern!**

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold befürwortet:

**Freiheit in ethischem Denken und Handeln,**

**Frieden und Freiheit für alle Menschen auf dieser Erde,**

**konkrete Hilfe für Hilfsbedürftige aller Art,**

**demokratisch-politische Organisationen sollten einander helfen und sich nicht auf geheime und niedrige Art bekämpfen, was der Demokratie schade hinzufügt!**

**Wir möchten hiermit künftigen Generationen unsere Ansichten, die auf langjährigen Erfahrungen beruhen, anbieten, um Anhaltspunkte für ihre Arbeit im Interesse aller Menschen zu haben.**

Indem wir unseren Nachfolgern im politischen Tun viel Glück wünschen, hoffen wir, daß sie Interesse an unserem Engagement haben und sich entschließen, durch ihren Beitritt die Durchschlagskraft unserer Organisation zu erhalten und zu fördern.

Anton Neubert, Frankfurt am Main

## Aus der Geschichte lernen

Aus der Geschichte lernen, so hieß die Überschrift über einem Artikel in der letzten Ausgabe des Reichsbanner. Aus der Geschichte gelernt hat die jetzige Bundesregierung aber nicht. Das einzigste, was sie gegen den jetzt wieder aufkeimenden Rechtsextremismus und Neofaschismus macht, ist der Bevölkerung zu erklären, daß das alles nicht so schlimm ist und darauf verweist, daß der Linksextremismus viel gefährlicher ist. Die letzte Zeit zeigt aber, daß der Neofaschismus nicht nur eine Sache der Ewiggestrigen ist. Immer mehr Jugendliche sind anfällig für neofaschistische Propaganda. Der Heß-Tod hat es gezeigt, wie latent faschistisch unsere Gesellschaft noch ist. Der ganze schlimme Spuk um den Heß-Tod, das Erstarken der NPD und der DVU und deren Einzug in die Bremer Bürgerschaft, die Aktivitäten der FAP (Fememord in Hannover usw.) zeigen uns, daß wir nun aktiv etwas gegen das Erstarken des Faschismus tun müssen. Allein das Verbot der rechtsextremen Organisationen zu fordern, reicht schon lange nicht mehr aus. Wir müssen den Faschismus bei den Wurzeln packen. Wir müssen die ökonomischen Voraussetzungen schaffen, daß jeder Bundesbürger in einem gewissen Wohlstand leben kann. Die Jugendarbeitslosigkeit muß besei-

tigt werden. Die Jugend muß über den Faschismus und seine Verbrechen aufgeklärt werden. Hier ist auch eine wichtige Aufgabe des Reichsbanners. Er muß versuchen, möglichst viele Jugendliche zu organisieren, aufzuklären und zu demokratischen Verhaltensmustern zu erziehen. Dafür brauchen wir eine aktive Jugendarbeit im Reichsbanner. Wir müssen das Reichsbanner endlich aus der Vergangenheit, von der es lebt, herausführen und für Jugendliche attraktiv machen. Hierbei muß das Reichsbanner sich auch mehr in der Öffentlichkeit darstellen. Es liegt in der Geschichte unseres Verbandes fest verankert, daß wir aktiv gegen den Faschismus vorgehen müssen. Das Reichsbanner muß seine Strategie ändern. Nicht nur Rufe nach Verbot der Neofaschisten sind gefordert, sondern der Schutz der Demokratie muß in den Herzen der Menschen dieser Republik verankert werden. Alle demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen und alle Organisationen der Arbeiterbewegung sind aufgefordert, sich der Herausforderung zu stellen und den Faschismus zu überwinden, damit wir nie wieder ein 1933 erleben müssen.

**Stärkt das Reichsbanner.**

**Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.**

Thomas Schalski, Stade

## Kommentar

Enttäuscht müssen Versicherte und Patienten zur Kenntnis nehmen, daß sie die größten Opfer der Strukturreform des Gesundheitswesens bringen müssen. Der Bundesarbeitsminister greift fast ausschließlich in den Geldbeutel der Versicherten. Leistungsanbieter werden lediglich freundlich eingeladen über ihren Beitrag zu mehr Wirtschaftlichkeit mit der Koalition in Bonn zu diskutieren.

Der Wegfall zahlreicher Leistungen (siehe eigenen Kasten) und die erhebliche Erhöhung der zusätzlichen Selbstbeteiligung bedeuten eine Privatisierung gesundheitlicher Risiken. Da eine echte Strukturreform des Gesundheitswesens zur Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeblieben ist, muß damit gerechnet werden, daß der Sparbeitrag der von Versicherten und Patienten erzwungen wird, in kurzer Zeit von den Leistungsanbietern wieder einkassiert wird. Eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen erfolgt nicht; es geht ausschließlich um eine Kostenverlage-

rung zu Lasten der Versicherten. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen werden auch in der Zukunft die größten Risiken unter den Anbietern von Krankenversicherungen zu tragen haben. An einen Finanzausgleich, der notwendig wäre, um eine einheitliche Risikostruktur zu gewährleisten, wagt sich die Bundesregierung nicht heran. So müssen die Versicherten in der Zukunft für schlechtere und weniger Leistungen doppelt bezahlen. Sie finanzieren über die Kostenverlagerung und auch in der Zukunft steigende Beiträge die hohen Einkommen und Profite der Leistungsanbieter.

Die von der Bundesregierung eingeleitete Reform des Gesundheitswesens ist ein Weg zur Zwei-Klassen-Medizin. Diese Reform ist ein Stück Sozialabbau und läßt keine soziale und gesundheitliche Orientierung für das Gesundheitswesen erkennen.

Karl-Heinz Jungmann

## Gesundheitsreform

### Das will die Koalition

#### bei den Krankenkassen einsparen

	Betrag in Millionen Mark	die Kosten tragen die Versicherten
Beim Zahnersatz (Honorar und techn. Leistungen) zahlt die Kasse nur die Hälfte.	2 600	x
Das Sterbegeld wird abgeschafft.	1 100	x
20 Prozent der Arzneimittelkosten (höchstens 10 Mark) zahlt der Versicherte	640	x
Pro Rezept müssen drei statt zwei Mark Rezeptgebühr bezahlt werden.	220	x
Bei gleichartigen Medikamenten wird nur noch das billigere erstattet.	500	zum Teil
Brillengestelle werden nicht mehr bezahlt.	500	x
Fahrtkosten werden nur noch in seltenen Fällen erstattet.	800	x
Bei Badekuren werden Unterkunft und Verpflegung nicht mehr bezahlt.	410	x
Bei der Kieferorthopädie werden die Leistungen eingeschränkt.	270	
Bei Heil- und Hilfsmitteln (z.B. Stützen, Rollstühle, Verbandsmaterial) zahlt die Kasse nur noch Festbeträge.	260	x
Überteuerte Arzneimittel werden gar nicht mehr erstattet.	200	zum Teil
Medizinische Behandlung im Ausland wird nicht mehr erstattet.	150	x
Bestimmte Heil- und Hilfsmittel werden gar nicht mehr erstattet.	200	x
Kontaktlinsen werden nur bis zum Preis von Brillengläsern erstattet.	75	x
Die Entbindungspauschale wird abgeschafft.	50	x
	7 975	

# Reichsbanner intern

Walter Hesselbach

**Rede aus Anlaß der Jubilarehrung REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD, BUND AKTIVER DEMOKRATEN e.V. am 21. November 1987**

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden  
Verehrte Gäste!

Das Reichsbanner ist eine Vereinigung politisch denkender Menschen. Uns verbinden Ideale, Überzeugungen und Erfahrungen. Für ein demokratisches, sozialstaatliches Gemeinwesen haben sich viele Kameradinnen und Kameraden ein Leben lang eingesetzt. Viele haben gelitten und sind dafür gestorben.

Ich möchte Euch etwas aus der Geschichte des Reichsbanner erzählen.

1924 wurde auf Initiative von Friedrich Otto HÖRSING das REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD gegründet. Es war die republikanische Antwort auf die paramilitärischen Kräfte der rechtsradikalen Gruppen. Das Reichsbanner entwickelte sich im Laufe der Jahre zum militanten Abwehrkern der Republikaner gegen die Nazis. Es hatte sich zur Aufgabe gemacht, die Republik krisenfest zu machen. Im Reichsbanner wurden 1924 Gruppierungen zusammengefaßt, die es überall im Reich schon gab. In vielen Orten hatten sich sozialdemokratische Schutzformationen gebildet. Ich erwähne nur den republikanischen Frontkämpferbund Ostpreussen, den sozialdemokratischen Abwehrverband, den Karl HÖLTERMANN in Magdeburg gegründet hatte. Es gab auch berechtigte Bedenken, die vor allem Severing geäußert hatte. Die Gewalt sollte nach seiner Auffassung nur vom Staat ausgehen. Nach dem Kühringer Reichswehrputsch wurden diese Bedenken zurückgestellt.

Otto WELS, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, sprach sich für die Gründung einer Schutzgruppe aus.

Die Jahre der Weimarer Republik waren von wilden Auseinandersetzungen begleitet. Es gab Prügeleien und Saalschlachten in allen Teilen des Reiches. Die republikanischen Gruppen, die sich dagegen organisierten, standen in diesen ständigen Auseinandersetzungen vor der Gefahr, ebenfalls eine Gefolgschafts- und Führerideologie zu entwickeln. Dies alles konnte jedoch von nüchtern und rational denkenden Politikern im Rahmen gehalten werden. Immerhin fanden viele Männer, die den Rechtsradikalismus abwehren wollten, ihren Platz im Reichsbanner. Dort fanden sie in den Stürmen dieser Zeit auch Freundschaft und Kameradschaft.

Das Reichsbanner, das ursprünglich nur Kriegsteilnehmer in seine Reihen aufnehmen wollte, hat sich sehr schnell auch zivilen Mitgliedern geöffnet, so daß das schwülstige Pathos, das sich in den Freikorps entwickelt hatte, im Reichsbanner keinen Platz fand. Es mag sehr typisch sein, daß im Reichsbanner von dem Deutschland-Lied meist nur die

dritte Strophe gesungen wurde. Die Mehrheit der Reichsbanner-Mitglieder kam aus der Sozialdemokratischen Partei, aber auch Zentrumsmitglieder arbeiteten mit. Ein bekannter Name ist Heinrich KRONE. Ein großer Teil der katholischen Bergarbeiter des Reviers schloß sich dem Reichsbanner an. Auch die Deutsche Demokratische Partei und die Staatspartei unterstützten das Reichsbanner. Bekannte Namen aus dem Kreise sind: HEUSS, BÖSS und HÖPKEKASCHOFF.

Das Ziel des Reichsbanner war, die aktiven Demokraten aller Parteien zum Widerstand gegen die Nazis zusammenzufassen. Man wollte die Einheit der Demokraten trotz der Verschiedenheit der Meinungen; man wollte das Zusammenwirken von politisch denkenden und handelnden Demokraten gegen alle die Republik bedrohenden Strömungen. Das Reichsbanner sollte der große demokratische Block sein. Dieses hohe Ziel hat sich leider nicht erfüllt. Immerhin haben die Männer des Reichsbanner die Gefahr des drohenden Nationalsozialismus früher erkannt als andere.

1931, im Dezember, wurde auf Initiative des Reichsbanner die Eiserne Front gegründet, in der ADGB, SPD, AFA-Bund und Arbeitersport vereint waren. Als Symbol galten die Drei Pfeile. Das Reichsbanner hatte immerhin zu dieser Zeit etwa 3 Millionen Mitglieder. Trotzdem gab es dann am 20. Juni 1932, als die preussische Regierung von einem Leutnant und einigen Soldaten abgesetzt wurde, keinen Widerstand. Diese Verzagtheit der Führung zu diesem Zeitpunkt hat sich gerächt. Es kam der 30. Januar 1933 und damit das Ende der Weimarer Republik. Zwar versuchte HÖLTERMANN noch einmal, den Widerstand zu organisieren, aber er fand keine Resonanz.

Nach 1945 dann haben sich ehemalige Reichsbanner-Kameraden an einigen Stellen der Bundesrepublik wieder organisiert. Zunächst als Traditionsverband, dann aber zunehmend in der Absicht, ein aktiver Kreis von Demokraten zu werden, der über die Parteitage hinweg alles bekämpfen wollte, was sich an nationalsozialistischen, rassistischen und terroristischen Gedanken entwickelte.

Man nannte sich nun im Untertitel 'Forum Aktiver Demokraten' und man suchte Mitstreiter zu finden in der Jugend und auch bei den Frauen. Wir alle wissen, Verdienste von Menschen lassen sich schwer messen. Wir haben keinen allgemein gültigen Maßstab dafür. Dennoch glaube ich, daß im Reichsbanner besonders viele Menschen waren, die sich um den Zusammenhalt und die Lebendigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens verdient gemacht haben und die Widerstand leisteten, soweit ihre Kräfte reichten.

**Engagierte Kameraden sollen heute geehrt werden:**

**Georg Prinz**

Ehrenvorsitzender des Reichsbanner;  
er war Bundesvorsitzender des Reichsbanner und ist heute Präsident der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e.V. Georg Prinz ist seit über 20 Jahren aktiv tätig.

### **Dr. med. Bernhard Littwak**

hatte am 29. September 1987 seinen 85. Geburtstag. Das Reichsbanner und auch der Bundesvorsitzende gratulierten ihm. Littwak gehört dem Reichsbanner seit 1925 an, er war im Ortsverein Königsberg. Er war damit 62 Jahre lang der Idee des demokratischen Sozialismus verbunden. Dr. Littwak war zusammen mit seiner Frau Eva, die ihm bis zum heutigen Tag zur Seite steht, als Freiwilliger Chefarzt des Lazarettes Numero Uno in der Basis der Internationalen Brigaden in Albacete während des Bürgerkrieges in Spanien. Littwak überlebte anschließend die Internierungslager in Südfrankreich, die KZs in Annaberg, Gräditz und Blechhammer. Heute lebt Dr. Littwak in Frankfurt am Main.

### **Hans Peter**

ist seit der Gründung des Reichsbanner aktives Mitglied; das sind mehr als 50 Jahre.

### **Wilma Facklam**

ist seit über 11 Jahren Mitglied des Reichsbanner.

---

### **Reichsbanner bei DGB-Jugend**

Aufmerksame Zuhörer hatten drei Reichsbanner männer der ersten Stunde bei einer Informationsveranstaltung der DGB-Jugend Frankfurt.

Die Runde fand im DGB-Jugendclub „Franz Metz“ statt, der nach Franz Metz, einem Frankfurter Reichsbannermann und antifaschistischen Widerstandskämpfer benannt ist.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde der Dokumentationsfilm „Republik werde hart“ gezeigt, der die Geschichte des Reichsbanners in der Weimarer Republik beleuchtete.

Dann wurden die Fragen der Jugendlichen diskutiert.

Wichtigster Schwerpunkt der Diskussion war die Spaltung der Arbeiterbewegung, die ein gemeinsa-

Sie übernahm die Mitgliedschaft von ihrem Mann und war lange Jahre im Ortsvorstand.

### **Fred Funk**

ist seit 16 Jahren aktives Mitglied des Reichsbanner.

### **Dr. Burchard Bösche**

ist zur Zeit Bundesschatzmeister des Reichsbanner, er war bereits in Bremen Mitglied des Reichsbanner und ist tätig in der Gewerkschaft NGG. Er wurde von Bremen nach Frankfurt am Main versetzt.

Weiter sind zu ehren:

### **Hans Joachim Meyer und Emil Holzhäuser**

Ich beglückwünsche die Kameraden zu dieser Ehrung und wünsche Ihnen viele gute Jahre in unserem Kreis.

Wir wollen zusammen mit ihnen zukünftig alles tun, die Demokratie zu schützen und weiter zu entwickeln.

---

mes Vorgehen gegen Hitler und NSDAP verhinderte. Dabei wurde kritisch auf die Rolle der KPD, aber auch auf die Fehler der SPD und Gewerkschaftsführung eingegangen.

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß aus diesen Fehlern zu lernen sei, daß es nie wieder zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung kommen dürfe und auch heute Demokratie aktiv zu verteidigen sei.

Alfred Körner, der Vorsitzende des Reichsbanner Frankfurt, schloß die Veranstaltung mit der Aufforderung, daß die Gewerkschaftsjugend sich im Reichsbanner engagieren soll.

Die Video AG der DGB-Jugend will bei der Aufarbeitung der Geschichte des 1. Mai in Frankfurt eng mit dem Reichsbanner zusammenarbeiten.

Stefan Klee

---

### **Josef Felder Ehrenmitglied**

Der letzte noch lebende Reichstagsabgeordnete, der gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, wurde für seine Verbundenheit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und seinen Einsatz für Freiheit und Demokratie EHRENMITGLIED des Reichsbanners. Die Urkunde läßt Walter Hesselbach überreichen.

Der heute noch vitale 87-jährige ehemalige Journalist hielt vor einem geladenen Kreis und NS-Verfolgten im Großen Saal des Gebäudes der SPD des Bezirks Hessen-Süd am 7. November 1987 eine beachtliche Rückschau VERDRÄNGTE VERGANGENHEIT - ERLEBTE GESCHICHTE. Nur Zeitzeugen, wie Josef FELDER, können die erlebte Geschichte vermitteln, die er umriß, vom Sozialistengesetz bis hin zur Machtergreifung des Nationalsozialismus. Er erlebte mit, wie der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Wels, - obwohl schon die KPD-Abgeordneten den

Reichstag nicht mehr betreten durften und von diesen und den SPD-Abgeordneten viele von den Nationalsozialisten in 'Sicherungsverwahrung' genommen worden waren - im Reichstag 1933 in seiner Rede gegen das Ermächtigungsgesetz - unter Einsatz seines Lebens - zurief:

„Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit, Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Zuvor noch hatte der Chefredakteur des Vorwärts, Friedrich Stampfer, den damaligen russischen Botschafter aufgesucht, um über diesen zu erreichen, die Kommunisten in der Notsituation zu be-

wegen, ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie zurückzustellen, denn es sei an der Zeit, gegen den Nationalsozialismus gemeinsam zu kämpfen. Der Botschafter erwiderte: „Erst müssen die Sozialfaschisten, die Sozialdemokraten besiegt werden, und dann kommen wir“.

Heinrich L. Bode

### Nachforschungen in Sachen Dr. Helmut Klotz

Unser Mitglied Martin Anson schreibt aus Schottland: „Ich möchte gerne um eine Nachforschung ersuchen. In den Jahren 1931/32 war ich mit Dr. Helmut Klotz befreundet. Er war der Herausgeber der „Röhm-Briefe“ und der „Ehrenrangliste der NSDAP“. Ich begleitete ihn häufig, wenn er abends auf Reichsbanner-Veranstaltungen sprach. Als er im Jahre 1932 im Reichstagsgebäude vom Fememörder Stegemann und noch ein paar anderen Nazi-Abgeordneten überfallen wurde, übernahm ich mit drei

oder vier anderen Kameraden vom Jungsbanner Charlottenburg den Schutz seiner Wohnung. So viel ich weiß, ging er nach der „Machtergreifung“ nach Prag und war von dort aus illegal tätig. Ich verlor alle Verbindungen mit ihm. Man sagte mir, er sei nach der Besetzung Prags nach Paris entkommen. Wurde er dort 1940 von der GESTAPO geschnappt? Ich wäre sehr dankbar, mich wissen zu lassen, was aus ihm bzw. seiner Frau Maria geworden ist.“

**Wer kann helfen? Nachricht bitte an die Redaktion!**

K.H.J.

### 70. Jahre alt

Am 15. November 1987 vollendete unser Kamerad Dr. Ferdinand Friedenburg das 70. Lebensjahr.

Er feierte in seiner „Villa Berlin“ in Freiburg-Munzingen.

Wir wünschen ihm für die Zukunft ein Höchstmaß an Gesundheit und Zufriedenheit.

### Sitzung des Bundesvorstandes

Am 23. Oktober 1987 fand im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main eine vorbereitende Sitzung für den nächsten ordentlichen Bundeskongress am

22.04. bis 23.04.1988 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main statt, auf dem Walter Hesselbach das Hauptreferat hält. Die Einladungen dazu ergehen rechtzeitig.

Der Bundesvorstand erbittet eine Aufstockung des Solidaritätsfonds als Unkostenbeitrag (Postgiro 511 15 - 600 Frankfurt/M.)

Zu diesem Bundeskongreß sollen auch Gäste eingeladen werden.

Der von der Satzungskommission vorgelegte Entwurf einer Satzungsüberarbeitung soll noch einmal überarbeitet und dann dem Bundeskongreß vorgelegt werden.

Heinrich L. Bode

## Nachrichten, Namen, Notizen

**Heinz Galinski**, seit 1949 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, wurde am 28. November 1987 75 Jahre alt. Auch das Reichsbanner würdigt den inzwischen zum Ehrenbürger von Berlin berufenen, aufrechten Demokraten, der sich nicht nur in Berlin am Wiederaufbau beteiligte, sondern auch um die Demokratie der Bundesrepublik. Er, der Verfolgte in der NS-Zeit, der immerwährend auf die Schrecken der Verfolgung hinweisen muß, hat zur Aussöhnung der Juden in der Bundesrepublik beachtlich beigetragen.

Mit ihm wurde jetzt die HEINZ-GALINSKI-STIFTUNG ins Leben gerufen, die in seinem Sinne zur Toleranz einen geeigneten Beitrag leisten soll.

Heinrich L. Bode

### DGB-Gewerkschaften:

#### Kein Platz für Rechtsextremismus

Mitglieder und Aktivisten der rechtsextremen „Deutschen Volksunion“ (Liste D/DVU) und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiter-Partei“ (FAP)

werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seinen Einzelgewerkschaften nicht als Mitglieder geduldet. Eventuelle Aufnahmeanträge werden zukünftig abgelehnt, bereits bestehende Mitgliedschaften aufgelöst. Das beschloß der Bundesvorstand des DGB am 1. Dezember 1987 in Düsseldorf einstimmig.

Wie der DGB mitteilte, wurde der Beschluß mit dem Hinweis begründet, daß diese beiden rechtsextremen Parteien als „gewerkschaftsfeindliche Organisationen“ zu bewerten seien und zugleich unter die Beschlüsse des DGB-Bundesvorstandes vom 7. März 1967 und des 7. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Berlin im Jahre 1966 fielen. Damals kam man überein, daß die „Zugehörigkeit zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften“. Im Hinblick auf die politischen Aktivitäten der beiden rechtsextremistischen Organisationen DVU und FAP sei die Ausweitung dieser Beschlüsse auch auf diese Parteien zwingend notwendig geworden.

Der Bundesvorstand gehe davon aus, daß alle Mitgliedsgewerkschaften die organisatorischen Schluß-

folgerungen aus diesem Grundsatzbeschuß zögen, teilte der DGB ergänzend mit.

K.H.J.

## Der Bundespräsident zu Kiel

Zu den Vorkommnissen in Kiel warnte der Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Sendung des ZDF am 29. November 1987 vor dem Eindruck, die Demokratie und ihre Wahlkämpfe riefen Skandale hervor. Vielmehr sei es die Demokratie, die einen Skandal sichtbar mache. Die Demokratie sei kein „Harmonie-Bündnis“, sondern eine streitige, freie und offene Auseinandersetzung über den besten Weg. Deswegen aber dürfe die Politik nicht verteufelt werden.

Heinrich L. Bode

## Was zerstört werden muß

Sowjetische Atomwaffen:	Stationiert	In Reserve	Gesamtzahl
SS-20-Raketen: (Sprengköpfe:	441 1323	441 1323	882 2646)
SS-4-Raketen: (Sprengköpfe:	16 16	96 96	112 112)
SS-12-Raketen: (Sprengköpfe:	275 275	375 375	650 650)
SS-23-Raketen: (Sprengköpfe:	115 115	160 160	275 275)
Raketen: (Sprengköpfe:	847 1729	1072 1954	1919 3683)
Amerikanische Atomwaffen:			
Pershing-2-Raketen: (Sprengköpfe:*	108 108	125 12	233 120)
Cruise Missiles: (Sprengköpfe:	288 288	73 12	361 300)
Pershing-1-Raketen: (Sprengköpfe:	** 72	200 200	200 272)
Raketen: (Sprengköpfe:	396 468	398 224	794 692)

\* Die Vereinigten Staaten haben bis zu diesem Zeitpunkt mehr Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles als dazugehörige Atomsprengköpfe hergestellt.

\*\* 72 Atomsprengköpfe auf west-deutschen Pershing-1-Raketen stehen unter amerikanischer Kontrolle.

Quelle: Center for Defense Information, Washington

## Bilanz der Kriege

Menschenverluste:

1. Weltkrieg 9 737 000
2. Weltkrieg 55 293 500

Kriegsbeschädigte:

1. Weltkrieg 21 100 000
2. Weltkrieg 35 000 000

Über 120 Millionen Menschen bezahlten die beiden großen Kriege unseres Jahrhunderts mit Leben und Gesundheit.

Wir müssen alle Schritte und Maßnahmen unterstützen, die der Erhaltung des Friedens dienen. Die Einigung der Supermächte zur Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen ist ein wichtiger Schritt zur Friedenssicherung und zur Erhaltung der Volkswirtschaften von unsinnigen Kosten. Der 8. Dezember 1987 wird in die Weltgeschichte eingehen; er könnte ein Wendepunkt zu einem friedlichen Miteinander der Völker unserer Erde werden.

Karl-Heinz Jungmann

## Die Weichen der Politik müssen umgestellt werden

Zur Zeit sind mehr als 2 Millionen Menschen offiziell als arbeitslos gemeldet. Ihr Recht auf Arbeit

wird verletzt; ihre beruflichen Fähigkeiten liegen brach. Jungen Menschen wird das Recht auf Ausbildungsförderung und gleiche Bildungschancen verweigert. Ganze Branchen und Regionen werden von wirtschaftlichen Krisen geschüttelt. Luft und Gewässer verschmutzen, Boden, Wälder und Landschaften werden zerstört.

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat auch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs diese Probleme nicht angepackt. Heute zeigt sich, daß ihr wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept gescheitert ist. Das Wachstum schwächt sich weiter ab. Die Arbeitslosigkeit steigt. Der Sozialstaat ist in Gefahr.

Eine Kurskorrektur ist überfällig. Unter Konzentration aller Kräfte muß es darum gehen, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen, die Umweltbelastungen drastisch abzubauen und die sozialen Sicherungssysteme entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen weiterzuentwickeln. Soziale Gerechtigkeit muß wieder zum Maßstab des politischen Handelns werden.

Die für das Jahr 1990 geplante Steuerreform steht dem entgegen. Sie schwächt die Finanzkraft der öffentlichen Hände und erschwert die Sicherung der Zukunft unseres Gemeinwesens. Sie ist überdies ungerecht.

Vorrang gebührt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung des Sozialstaates. Voraussetzungen dazu sind eine umfassende Wiederbelebung der öffentlichen Investitionstätigkeit, die Stärkung der Massenkaukraft und die Förderung strukturschwacher Gebiete. Jeder fünfte Arbeitslose käme wieder in Arbeit, wenn das Geld, das für die Steuerreform ausgegeben werden soll, für eine Beschäftigungsoffensive verwendet würde.

Die Planungen der Bundesregierung über ein Zinsverbilligungsprogramm zur Konjunkturbelebung beizutragen, gehen auch auf das Konto der beharrlichen gewerkschaftlichen Argumentation. Angebracht sind aber nicht halbherzige Mini-Programme, sondern der Einstieg in eine langfristig orientierte öffentliche Investitionsoffensive. Finanzschwache Gemeinden in Problemregionen sind längst nicht mehr in der Lage, überhaupt Kredite aufzunehmen - auch nicht bei Zinsverbilligungen. Sie brauchen eine Stärkung ihrer Finanzkraft zur Überwindung bestehender Strukturprobleme und für einen Beitrag zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit durch kommunale Investitionen.

K.H.J.

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.